

KOMMENTAR

# Macht ein Einwanderungsgesetz!

Migrationsforscher **KLAUS J. BADE** fordert mehr Tempo

Deutschland ist ein Land, das langfristig Einwanderung braucht und sich zugleich davor fürchtet. Das vereinigte Deutschland erlebt in diesen Monaten erstmals eine ansatzweise positive Migrationsdiskussion. Es geht voran. Hoffentlich.

Im Grunde haben alle Parteien Einwanderungsgesetze in den Schubladen. Einige haben Vorlagen gemacht und sind damit am Widerstand der anderen gescheitert. Andere halten die Schubladen verschlossen aus Angst vor der Rache der Wähler. Aber Wähler sehen oft mehr, als Politiker glauben: Die meisten von ihnen haben schon in den 1980er Jahren im Alltag erfahren, dass sie in einem Einwanderungsland lebten, während viele Politiker noch bis in die frühen 1990er Jahre hinein das Dementi wiederholten: „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland.“ Absurdes Theater mit traurigen Folgen: Versteckspiel mit der Wirklichkeit, Gespensterdebatten, Ängste, Aggressionen.

Heute sind wir durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts einen großen Schritt weiter in Richtung auf die Akzeptanz der Einwanderungssituation. Aber es fehlt der zweite Schritt: Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungspolitik. Nicht, dass man erst Gesetze über Zuwanderung und Eingliederung machen müsste. Es gibt sie längst. Aber sie sind im Paragrafendschungel so versteckt, dass selbst Fachleute mitunter auf Spurensuche gehen müssen.

Deshalb fehlt zunächst eine klare Zuordnung der verstreuten Bestimmungen. Mit Bestandsaufnahme aber ist es nicht getan. Wir brauchen umfassende Konzepte und flexible Steuerungssysteme. Man nennt das Einwanderungsgesetzgebung. Sie muss übersichtlich sein für die, die in den Grenzen leben, und für die, die von außen kommen wollen, kommen sollen - oder eben nicht.

Nach außen gibt ein Einwanderungsgesetz Auskunft über die Bedingungen, die das Einwanderungsland setzt. Es bietet damit Einwanderern, die sich an die Spielregeln halten, Perspektiven für die eigene Lebensplanung. Nach innen ist ein Einwanderungsgesetz ein Signal für Gestaltungsbereit-

schaft und für Gestaltbarkeit, so begrenzt sie sein mag. Politik muss bereit sein, Horrorvisionen zurückzunehmen und sich um ein positives oder doch gelasseneres Verhältnis zur Migration zu bemühen. Denn Einwanderung ist ein zentrales gesellschaftspolitisches Problem, weil sie beide Seiten verändert: Aufnahmegesellschaft und Einwanderer.

Einwanderungspolitik kann in einer Demokratie nie gegen den Willen der einheimischen Mehrheit gemacht werden, wenn Konflikte auf Kosten zugewanderter Minderheiten vermieden werden sollen. Für Einwanderungspolitik muss geworben werden. Nur dann kann sie ein Beitrag zu sozialem Frieden und kultureller Toleranz sein.

Ein Gesetz kann dazu beitragen, die Einwanderung zu strukturieren, wenn zum Beispiel IT-Spezialisten mehr gefragt sind als Melker. Das Einwanderungsland muss das Recht haben, sich zumindest einen Teil seiner Einwanderer auszusuchen, zumal es eine große Zahl ohnehin aufnehmen muss unter dem Gebot übergeordneter Prinzipien (Familiennachzug) oder selbst auferlegter Verpflichtungen (Aussiedler).

Wer Migrationspolitik machen will, sollte nicht zuerst von Zahlen, sondern von Zielen reden - in Wirtschaft, Sozialsystemen, Politik und Kultur. Aber auch Quoten müssen sein, auf nationaler wie auf europäischer Ebene. Eine Aufrechnung von Einwanderungs- und Asylpolitik aber ist abwegig: Bei Arbeitswanderung und Einwanderung geht es vorwiegend um wirtschaftliche und soziale Interessen, bei Flucht und Asyl um humanitäre Pflichten. Quoten sollte es nicht gegen Flüchtlinge, sondern - als Verteilungsquoten - für europäische Aufnahmeländer geben. Es geht nicht um eine Quotierung von Hilfsbereitschaft, sondern um Lastenteilung.

Die denunziative Rede, dass viele Asylsuchende „Wirtschaftsflüchtlinge“ seien, unterschlägt, dass Deutschland am viel beklagten „Missbrauch des Asylrechts“ selber beteiligt ist: Bei Abwerbestopp und ohne Einwanderungsgesetz ist nur das Nadelöhr des Asyls für Zuwanderung offen geblieben. Es wird Zeit, dass sich das ändert.



**STREITBAR**  
Professor Bade,  
Uni Osnabrück